

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt: Tagesblatt Rieser,
Grenzstr. 22.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Reichert.

Postfachamt: Dresden 144,
Poststraße Rieser Nr. 22.

Nr. 260.

Sonnabend, 7. November 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 5 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Gemäßigter Rabatt erlischt, wenn der Vertrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Abhängige Unterhaltungsbeiträge „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Grotzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

Die nächsten Entscheidungen.

Nachdem die Vorkonferenz zu dem Stand der Entwaffnungsfrage Stellung genommen und sich mit der Klärung der Berliner Zone befaßt hat, treibt die außenpolitische Lage immer mehr zur letzten Entscheidung. Bis zum 1. Dezember, dem Tage der Unterzeichnung der Vorkonferenz, sind jetzt nur noch drei Wochen, und noch immer ist für Deutschland nicht diejenige Klarheit geschaffen, die unbedingt erforderlich ist, um zu einer klaren Beschlußfassung über die Annahme des Vertragswerkes zu gelangen. In den parlamentarischen Kreisen ist es besonders aufgefallen, daß sich die Regierung bisher in der Beurteilung der Situation augenscheinlich eine Reserve auflegt, die in einem starken Gegensatz zu der außerordentlichen Hochspannung steht, die bei den parlamentarischen Parteien herrscht. Man weiß zwar, daß der Reichskanzler Dr. Luther und Außenminister Dr. Stresemann auf die Erklärungen Briand's und Chamberlain's warten und daß die beiden deutschen Staatsmänner auch jetzt noch davon überzeugt sind, daß die jetzigen diplomatischen Vorgänge absolut nichts Entscheidendes mit sich bringen. Ueber die Haltung der Vorkonferenz liegen ein Kommunique der französischen Ghabas-Agentur vor, das auf die deutsche politische Öffentlichkeit einen wenig günstigen Eindruck gemacht hat und das in vielen Punkten den schärfsten Widerspruch Deutschlands herausfordert. Die Regierungskreise nehmen jedoch den Ghabas-Bericht ohne das geringste Zeichen von Resignation entgegen, denn sie scheinen schon jetzt eine entsprechende Gegenwirkung ins Auge gefaßt zu haben, die unabhängig von deutscher Seite ausgeteilt werden soll, sobald der Beschluß der Vorkonferenz der deutschen Regierung offiziell zur Kenntnis gebracht worden ist.

Auf jeden Fall dürfte die politische Bedeutung der Beratungen der Vorkonferenz auf ein Mindestmaß herabgedrückt werden können, denn es handelt sich eigentlich nicht um die grundsätzliche Entscheidung über die Frage der Rückwirkungen, sondern um das Gebiet der militärischen Entwaffnung Deutschlands, das erst allmählich aus der Zone des politischen Konfliktes herausgebracht werden kann. Nachdem die Feststellung getroffen worden ist, daß Deutschland den wesentlichen Teil seiner Verpflichtungen erfüllt hat, ist es Aufgabe der deutschen Diplomatie geworden, daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und das strikte Verlangen auszusprechen, daß die Aktion der internationalen Militärkontroll-Organen nunmehr beendet wird. Sobald die Erklärungen Chamberlain's und Briand's vorliegen, was etwa gegen Mitte der übernächsten Woche der Fall sein wird, muß das Reichskabinett sich darüber schlüssig werden, ob die Frage der Rückwirkungen für Deutschland befriedigend geregelt ist. Kann die Regierung mit gutem Gewissen diese Frage bejahen, dann ist der Zeitpunkt für die Einberufung des Reichstages gekommen. Im entgegengekehrten Falle ist die Regierung Luther entschlossen, noch vor der Unterzeichnung der Verträge die Erklärung abzugeben, daß sie sich genötigt sieht, weitere Verhandlungen über die Rückwirkungen zu führen, ehe sie die Verträge dem Reichstage zur Ratifizierung vorlegen kann. Diese Absicht der Regierung kann im gegenwärtigen Augenblick nicht nachdrücklich genug betont werden, denn die allerersten Regierungen müssen sich vor den Erklärungen der Außenminister darüber klar geworden sein, ob sie es der deutschen Regierung erwidern wollen, die Entscheidung über die Annahme der Verträge durch Deutschland schon jetzt zu treffen. In diesem Zusammenhang weist man in den deutschen diplomatischen Kreisen darauf hin, daß bei der Weltentwaffnung der deutschen Forderungen ein verhängnisvolles Mißverständnis geschaffen worden ist. Man hat deutscherseits immer von „Rückwirkungen“ gesprochen, die sich aus dem Zustandekommen des Sicherheitspaktes ergeben sollen. In Wirklichkeit hat man jedoch „Voraussetzungen“ gemeint und es wäre richtiger gewesen, wenn man deutscherseits an dem Begriff „Voraussetzungen“ festgehalten und das Wort „Rückwirkungen“ überhaupt nicht gebraucht hätte. Die allierten Regierungen lassen nämlich den Begriff „Rückwirkungen“ wortlos auf und erklären, daß erst der Vertrag von Locarno perfekt werden müsse, ehe er sich in Wirklichkeit auswirken könne. Wir glauben zu wissen, daß die deutsche Regierung sich nunmehr dazu entschließen wird, den alliierten Regierungen mit einer neuen diplomatischen Demarche die Voraussetzungen für Deutschland bekannt zu geben und eine strenge Unterscheidung zwischen den Vorbehalten und den Rückwirkungen zu machen. Dadurch hofft man, die Folgen eines Mißverständnisses beseitigen zu können, das die diplomatische Lage immer mehr zu komplizieren droht.

Die Auffassung der Deutschen Volkspartei.

Berlin. Aus parlamentarischen Kreisen erfahren wir, daß die Deutsche Volkspartei sich erst dann mit der Frage einer Umbildung des Reichskabinetts beschäftigen kann, wenn die außenpolitische Situation geklärt ist und wenn der deutsch-nationale Parteien eine klare Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung der Locarno-Verträge gefaßt hat. Der größte Teil der Volkspartei-Fraktionsmitglieder steht auf dem Standpunkt, daß die Deutsch-nationalen sich durch eine Ablehnung der Locarno-Verträge tatsächlich aus der Regierung auscheiden und daß man dann eine neue parlamentarische Regierungsbildung schaffen müsse. Es sei aber zu bezweifeln, ob diese Basis auf dem Wege der Großen Koalition gefunden werden könne.

Die Note der Vorkonferenz an Deutschland.

Paris. Ghabas berichtet: Die Vorkonferenz ist gestern vormittag zusammengetreten und hat den Bericht zur Kenntnis genommen, den sie von dem Interalliierten Militärkomitee in Versailles eingeholt hatte. Nach Kenntnisnahme dieses Berichtes hat die Vorkonferenz den Vorkonferenz einer Mitteilung festgesetzt, die der deutschen Regierung gewisse Aufforderungen zu veranlassen in der Hoffnung, daß die Antwort, die den Regierungen hierauf übermitteln werden wird, es der Vorkonferenz erlauben wird, einen Zeitpunkt für den Beginn der Räumung der Berliner Zone ins Auge zu fassen.

Paris. (Frankfurt.) Wie der Rhein meldet, wird in der Mitteilung, die die Vorkonferenz gestern abend an die deutsche Regierung gerichtet hat, folgendes zum Ausdruck gebracht: Die Alliierten haben den sehr aufrichtigen Wunsch, mit der Räumung der Berliner Zone baldigt zu beginnen, d. h. an dem Tage, an dem die Alliierten die Locarno-Verträge unterzeichnen, also schon am 1. Dezember. Trotz dieses entgegenkommenden Geistes hat die Vorkonferenz einige Bemerkungen aus dem Bericht des Vorkonferenz-Komitees berücksichtigen müssen. Man verlangt also vom Reich, unerschrocken Dispositionen zu treffen, damit die Kontrollkommissionen in der Lage seien, einen befriedigenden Bericht zu übermitteln. Es handelt sich nämlich um die illegale Bewaffnung, den Charakter der Polizei und die Organisation des Großen Generalstabes.

Nach dem Deutse sollen es nur drei Fragen sein, die noch einer Regelung bedürfen, nämlich der deutschen Polizei ein ähnliches Regime zu geben wie der Polizei anderer Länder, den Verkehr der nach dem Vertrag von Versailles verbotenen Waffen zu unterlegen und den Sportvereinen und patriotischen Verbänden endgültig jede militärische Tätigkeit zu verbieten.

Eine Rede Baldwin's.

London. Baldwin hielt in Aberdeen eine Rede, in der er ausführte, die in Paris unterzeichneten Verträge seien eher Diktate von Siegern an Besiegte, als Vereinbarungen. Alle diese Jahre hindurch habe der Friede nicht gefestigt; er glaube jedoch, daß der Pakt von Locarno Westeuropa Frieden verschaffe und Europa den Weg zeige, auf dem der Frieden errichtet werden könne. Wenn man den Rhein aus einer Grenze in einen friedlichen Verkehrsweg verwandeln wünte, so wäre das Leben Westeuropas für die jetzige und die kommenden Generationen umgestaltet. Die Konferenz bedeute die Erlegung gegen andere Parteien gerichteter Bündnisse durch gegenseitige Garantie. Wenn alle Unterzeichner den Pakt ehrlich als gute Europäer und Weltbürger betrachteten, dann wäre der Frieden im Westen gesichert. Die Notwendigkeit des Völkerbundes sei während der letzten Wochen im Konflikt zwischen Griechenland und Bulgarien bewiesen worden. Er hoffe, daß ein Resultat von Locarno wachsendes Vertrauen unter den europäischen Völkern sei, so daß das Abbruchproblem in Angriff genommen werden könne. Die Regierung sei gegenwärtig dabei, die Budgets der einzelnen Departements zu prüfen, aber sie könne nicht soweit sparen, daß die Verteidigungskräfte unter das für die Sicherheit notwendige Maß herabgesetzt werden, noch die Erziehung oder die Volksgesundheit in einer Weise behandeln, daß die Lasten solcher Sparmaßnahmen auf eine einzige Klasse fallen. Zum Schluß sagte Baldwin, er sei hoffnungsvoller über die Aussichten Englands, als in den letzten fünf Jahren, vorausgesetzt, daß man an industriellen Konflikten möglichst vorbeikomme.

Das Urteil im Landespfandbrief-Prozess.

Berlin. Nach fast einmonatiger Begründung im Prozess wegen der Landespfandbriefaffäre folgte die Urteilsverkündung. Der Angeklagte Wehring erhielt wegen Vergehens gegen den § 348 Absatz 1 und 2 des Strafgesetzbuches vier Monate Gefängnis, die in eine Geldstrafe von 3000 Mark umgewandelt werden. Angeklagter Fieders erhielt wegen desselben Vergehens 20 Wochen Gefängnis, die in eine Geldstrafe von 3500 Mark umgewandelt werden und außerdem wegen Betrugs 1500 Mark Geldstrafe, die im Nichtverurteilungsfalle in Gefängnis umzuwandeln sind. Der Angeklagte v. Ebdorf erhielt neun Monate Gefängnis und 10000 Mark Geldstrafe und wegen Betrugs gegen § 312 des Strafgesetzbuches an Stelle einer verurteilten Gefängnisstrafe von zwei Monaten 1500 Mark Geldstrafe und schließlich wegen Untreue an Stelle einer verurteilten Gefängnisstrafe von zwei Monaten 1500 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte v. Karstedt erhielt wegen fortgesetzter Untreue in Tateinheit mit Unterschlagung neun Monate Gefängnis und 20000 Mark Geldstrafe und ferner wegen Untreue im Falle Bureauhaus Börse an Stelle von zwei Monaten Gefängnis eine Geldstrafe von 1500 Mark. Der Angeklagte v. Carlswitz wegen der gleichen Vergehens neun Monate Gefängnis, wovon drei Monate und drei Wochen durch die Untersuchungshaft verdrängt sind.

Den Angeklagten Ebdorf und Karstedt wird nach Verurteilung von fünf Monaten und dem Angeklagten Carlswitz nach Verurteilung von weiteren drei Monaten der erlassenen Strafe Strafaufhebung mit Rücksicht auf Begnadigung auf drei Jahre gewährt.

Der Münchner Dolchstoß-Prozess.

München. Am 15. Verhandlungstage kam lebhaftig der frühere Reichsarchivdirektor Oberst Jakob zum Wort, der im Kriege ein Regiment geführt hat. Er erklärte, daß er die mühsame und gewissenhafte Arbeit des Interimsmilitär-Konflikts nicht anzuweisen wolle, aber das tatsächliche Ergebnis halte der wissenschaftlichen Forschung nicht stand. Schon 1915 habe die Forschungsarbeit in Meer und Flotte begonnen, ihre Auswirkung sei der Dolchstoß der Revolution gewesen, der dem Deere das Rückgrat brach. Gewiß hätten große Rüststände in der Heimat und im Deere bestanden, aber die Hauptschuld an dem immer mehr fortschreitenden Niedergang der Stimmung läge doch bei der Unabhängigen Sozialdemokratie. Leider hätten sich im Reichstag die Abgeordneten, Naumann und Trimborn schärfend vor die Unabgängigkeit gestellt, sobald diese nun erst recht ruhig weiter arbeiten könnten, da die Regierung nicht gewagt habe, einzuschreiten. Der frühere Jug. der noch bei der Frühjahrsoffensive von 1918 herrschte, sei durch die Deereien verdrängt worden. Man hätte die Deere nicht fallen lassen, weil die Regierung vor den Reichstagsparteien des Reichstags, insbesondere vor der Sozialdemokratie, Angst hatte.

Rückkehr des Reichstagspräsidenten und der Reichstagsmitglieder aus Amerika.

Hamburg. Von den deutschen Teilnehmern an der Tagung der Interparlamentarischen Union in Washington treffen am Sonntag, den 8. November, mit dem Dampfer „Deutschland“ der Hamburg-Amerika-Linie Reichstagspräsident Loebe und die Reichstagsabgeordneten v. Rheinbaben, Adolf Aroell, Clara Renne, Antonie Schröder, Carl Hilbenbrand und Dr. Mittelmann in Hamburg ein.

Bremen. Der frühere Reichskanzler Dr. Brüning ist von seiner Amerikareise heute hier eingetroffen.

Baldige Erleichterung des Rheinlandregimes?

London. (Frankfurt.) Daily News schreibt, die Entente möchte seien im Begriff, Deutschland einen neuen Vertrag des Regimes von Locarno zu geben, nämlich Erleichterung des jetzigen Regimes im Rheinland. Sobald die letzten Formalitäten beendet seien, dürfe man eine Mitteilung hierüber erwarten, die spätestens am Woffenstillstandstage erfolgen dürfte.

Das neue englisch-besetzte Gebiet.

Berlin. Dolfs Reichlicher Provinzialdienst meldet: Die uns mitgeteilt wird, werden als neue Standorte für die englische Rheinarmee die Kreise Wiesbaden-Stadt, Wiesbaden-Land, Langenschwalbach und die Städte Dieblich, Idstein und Adligheim vorgelesen. Der englische Gebietsteil wird alle nassauischen Teile südlich der Bahn mit Ausnahme der Kreise Diez, St. Goarshausen, Riedesheim und des besetzten Teiles des Kreises Limburg umfassen.

Besprechung mit Landwirtschaftsvertretern.

Berlin. Der Präsident von Hindenburg und der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns werden am Montag, den 9. November eine Abordnung des Reichsverbandes Landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe empfangen, um die Wünsche dieses Verbandes bezüglich einer tatkräftigen Durchführung und möglichen Beilegung der Stellung entgegenzunehmen.

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

Berlin. Aus Warschau kommt die fassche Meldung, daß Deutschland den Polen ein Angebot zur Fortführung der Handelsvertragsverhandlungen gemacht habe. An den maßgebenden Stellen in Berlin ist, wie wir mitteilen können, von einem solchen deutschen Angebot nichts bekannt. Die Verhandlungen mit Polen wurden seinerzeit unterbrochen, weil die deutsche Delegation von der polnischen Seite erst die Uebergabe des Materials zur Umwandlung der polnischen Außenhandelspolitik und zum neuen polnischen Zolltarif erwartete. Die Ueberreichung des ins Deutsche überfesten polnischen Zolltarifs sollte am heutigen Tage durch den Führer der polnischen Delegation in Berlin erfolgen, in letzter Stunde ist aber dieser Besuch von polnischer Seite abgefragt worden. Die Tendenz der erwähnten Meldung aus Warschau geht lebhaftig dahin, die Dinge so erscheinen zu lassen, als sei Deutschland durch den Wirtschaftskrieg müde geworden und wolle ihn auf jeden Fall beenden. Damit ist die Haltung Deutschlands durchaus fassch dargestellt.

Die Ueberführung der Leiche des Kampfliegers von Nischosen.

Die Ueberführung der Leiche des am 21. April 1918 in Frankreich in der Gegend von Samel abgeschossenen erfolgreichen deutschen Kampfliegers Freiherrn Hans von Nischosen wird, wie wir erfahren, Mitte dieses Monats erfolgen. Die Beilegung findet am 20. November auf dem Berliner Invalidenfriedhof statt, wo für Nischosen ein Ehrengrab unweit der Grabstätten Schandorfs und Schlieffens bereitet ist.